

Einladung

zur 37. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 18. Januar 2021, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

Auf Grund der epidemischen Lage können Mitglieder des Sozialausschusses nach § 182 Abs. 2 Nr. 3 NKomVG per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die 36. Sitzung am 16. November 2020
3. Antrag der CDU-Fraktion: Task-Force - Innenstadt
(Drucks. Nr. 2304/2020)
4. Antrag der CDU-Fraktion zum Neustart bei der Unterbringung
(Drucks. Nr. 2736/2020)
5. Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Hannover
(Informationsdrucks. Nr. 3069/2020 mit 1 Anlage)
6. Bericht der Dezernentin

Onay

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

37. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 18. Januar 2021,
Rathaus, Ratssaal

Beginn 15.00 Uhr
Ende 16.10 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau Klingenburg-Pülm	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Alter	(SPD)	Video-Konferenz
Ratsherr Albrecht	(CDU)	Video-Konferenz
Ratsfrau David	(Bündnis 90/Die Grünen)	Video-Konferenz
Ratsherr Döring	(FDP)	
Ratsherr Hellmann	(CDU)	
Ratsfrau Iri	(SPD)	Video-Konferenz
Ratsherr Jacobs	(AfD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	Video-Konferenz
Beigeordneter Machentanz	(LINKE & PIRATEN)	Video-Konferenz
Ratsherr Nicholls	(SPD)	

Beratende Mitglieder:

Herr Fahlbusch	(SPD)	Video-Konferenz
Herr Kruse	(parteilos)	Video-Konferenz
Frau Merkel	(SPD)	Video-Konferenz

Grundmandat:

Ratsherr Böning	(DIE HANNOVERANER)	
Ratsherr Klippert	(Die FRAKTION)	Video-Konferenz

Verwaltung:

Stadträtin Bruns, Dezernentin für Soziales und Integration	
Frau Ruhrort, Fachbereich Soziales	Video-Konferenz
Frau Vogt-Janssen, Fachbereich Senioren	Video-Konferenz
Herr Dickmann, Fachbereich Soziales	
Frau Feuerhahn, Fachbereich Soziales	Video-Konferenz
Frau Gutschmidt, Fachbereich Soziales, Örtlicher Personalrat,	Video-Konferenz
Frau Teschner, Fachbereich Soziales	Video-Konferenz
Herr Woike, Dezernat für Soziales und Integration, Beauftragter Sucht und Suchtprävention	Video-Konferenz
Frau Hanebeck, Fachbereich Soziales für das Protokoll	

Presse:

Frau Rinas, HAZ

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die 36. Sitzung am 16. November 2020
3. Antrag der CDU-Fraktion: Task-Force - Innenstadt (Drucks. Nr. 2304/2020)
4. Antrag der CDU-Fraktion zum Neustart bei der Unterbringung (Drucks. Nr. 2736/2020)
5. Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Hannover (Informationsdrucks. Nr. 3069/2020 mit 1 Anlage)
6. Bericht der Dezernentin

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Klingenburg-Pülm eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Sitzung selbst wies sie darauf hin, dass diese auf Grund der epidemischen Lage nach § 182 Abs. 2 Nr. 3 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) teilweise per Videokonferenz durchgeführt werde.

Die virtuell zugeschalteten Teilnehmer*innen wies sie daher zunächst auf folgendes hin:

1. Abstimmungen und Wortmeldungen erfolgen per Handzeichen und werden am Monitor im Ratssaal erfasst.
2. Hinweise zur Datenverarbeitung wurden bereits gesondert übersandt. Sie gehe davon aus, dass die Informationen gelesen wurden und das Einverständnis mit der Datenverarbeitung gegeben werde.

Da sich hiergegen keine Einwände erhoben, werde die Sitzung entsprechend in Hybridform durchgeführt.

Für die im Ratssaal Anwesenden wies **Ratsfrau Klingenburg-Pülm** auf die Einhaltung der bekannten Hygieneregeln hin.

Für die anwesenden Einwohner*innen wies **Ratsfrau Klingenburg-Pülm** darauf hin, dass aufgrund der in Hybridform stattfindenden Sitzung keine *Einwohner*innenfragestunde* vorgesehen sei. Die Verwaltung habe auf der Ratssaaltribüne Vordrucke hinterlegt, auf denen bei Bedarf Fragen an die Verwaltung notiert werden können. Die Verwaltung werde diese Fragen dann nachträglich beantworten.

Ratsherr Hellmann sagte, er ziehe den Antrag seiner Fraktion zu *Tagesordnungspunkt 4 (Neustart bei der Unterbringung, Drucks. Nr. 2736/2020)* zurück. Zu dem Thema habe sich eine interfraktionelle Initiative gefunden. Das Thema selbst befasse sich mit einer wichtigen strukturellen Weichenstellung.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm stellte die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Einstimmig beschloss der Sozialausschuss die Tagesordnung in geänderter Form.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm sagte, bereits jetzt wolle sie auf die in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses anstehenden Haushaltsplanberatungen aufmerksam machen und die Bitte der Verwaltung weitertragen, dass die Haushaltsanträge rechtzeitig vor der Sitzung bei der Verwaltung eingehen sollten. Auch die kommende Sitzung wird vermutlich in Hybridform stattfinden, so dass sich eine Vorlage erst kurz vor der Sitzung im Ablauf schwierig gestalten könnte.

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls über die 36. Sitzung am 16. November 2020

Ratsherr Klippert erinnerte daran, dass in der Sitzung auch über das Thema WLAN in Pflegeeinrichtungen gesprochen worden sei. Der gesamte Komplex sei im Protokoll nicht wirklich wiedergegeben worden. Er bitte darum, dass die Verwaltung dies noch einmal überprüfe und korrigiere. Daher rege er an, die Abstimmung über die Genehmigung des Protokolls bis dahin zurückzustellen.

Ratsherr Döring sagte, zwar erinnere er sich an die ausführliche Diskussion, sei sich aber nicht sicher, ob diese in der Sitzung im November stattgefunden habe.

Ratsherr Alter machte darauf aufmerksam, dass die Diskussion im Protokoll auf Seiten 13-14 knapp 2 Seiten einnehme. Nach seiner Erinnerung sei die Diskussion so wiedergegeben worden, wie sie geführt worden sei, sowohl was die Ausstattung in den städtischen Alten- und Pflegezentren als auch den Senior*innenbegegnungsstätten betreffe.

Ratsherr Klippert ergänzte, es fehlten seine Aussagen in der Diskussion. Auf das Protokoll könne er derzeit nicht zurückgreife, so dass er hier nicht konkreter werden könne. Er werde der Verwaltung mitteilen, was aus seiner Sicht fehle.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm schlug vor, dass sich Ratsherr Klippert wie angekündigt entsprechend bei der Verwaltung melden werde und diese dann entsprechend das Protokoll noch einmal überprüfen werde. Sobald dies erfolgt sei, werde das Protokoll ggf. geändert und dem Sozialausschuss erneut zur Genehmigung vorgelegt.

Der Sozialausschuss war mit diesem Vorschlag einverstanden.

Abstimmung vertagt bis die Verwaltung die Einwände von RH Klippert geprüft und das Protokoll ggf. abgeändert hat.

(Hinweis der Protokollführung: Protokoll vom 16.11.2020 wird zu TOP 13 ergänzt)

TOP 3.

**Antrag der CDU-Fraktion: Task-Force - Innenstadt
(Drucks. Nr. 2304/2020)**

Ratsherr Hellmann sagte, der Antrag seiner Fraktion sei bereits in einigen Ausschüssen behandelt worden, der dringende Handlungsbedarf bestehe weiterhin, so dass er um ein Votum des Sozialausschusses bitte.

Ratsherr Jacobs meinte, durch den sich verschärfenden Lockdown müsste eigentlich auch die Intention der Drucksache verstärkt werden. Es sei zu überprüfen, in welchen Branchen die von staatlicher Seite zugesagten Mittel nicht ankämen, da dies zu gravierenden Folgen für die Innenstadt führen könnte. Das Wissen darum könnte die Stadt in die Lage versetzen, hier gegenzusteuern.

Ratsherr Döring wies darauf hin, dass der Rat in der letzten Sitzung am 17.12.2020 mit seinem Beschluss zur resilienten Innenstadt den richtigen Weg eingeschlagen habe, indem die Akteure der Innenstadt (wie auch vom Antrag der CDU-Fraktion gefordert) eingebunden werden. Die von seinem Vorredner angesprochene Situation (Antragsverfahren zu schwierig, Abschlagszahlungen zu niedrig sowie permanente Regeländerungen) machten es insbesondere kleineren Unternehmen zunehmend schwer, den Regelungen zu folgen. Nichts desto trotz wolle er darauf hinweisen, dass es sich bei dem Gros der Flächen in der Innenstadt nicht um Handels- sondern Büroflächen handele. Auch für diese müsse eine Infrastruktur angefangen von Möglichkeiten zur Hin- und Rückfahrt bis hin zur Versorgung mit Mittagessen gegeben sein.

Ratsherr Nicholls sagte, der Beschluss zur zukunftsfähigen resilienten Innenstadt bilde im Wesentlichen den Kern des hier vorliegenden Antrages ab. Seine Fraktion sehe daher keinen Grund, den Antrag weiter zu verfolgen.

4 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 4.

**Antrag der CDU-Fraktion zum Neustart bei der Unterbringung
(Drucks. Nr. 2736/2020)**

Zurückgezogen

TOP 5.

Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Hannover (Informationsdrucksache Nr. 3069/2020 mit 1 Anlage)

Frau Teschner sagte, die Informationsdrucksache sei von der Verwaltung vorgelegt worden, um grundlegend über das Arbeitsfeld Gemeinwesenarbeit zu informieren und erläuterte anhand von Folien Rahmenbedingungen:

Die Gemeinwesenarbeit sei ein Arbeitsfeld im Bereich Bürgerschaftliches Engagement und soziale Stadtteilentwicklung, in dem auch der HannoverAktivPass, das Quartiersmanagement in Gebieten Sozialer Zusammenhalt, die Nachbarschaftsarbeit, Bürgerschaftliches Engagement, das ESF-/Bundesprogramm BIWAQ sowie die Informations- und Koordinationsstelle für ehrenamtliche Mitarbeit (IKEM) eingebettet seien. Die Gemeinwesenarbeit werde in Hannover an insgesamt 6 Standorten geleistet, wobei 5 dem Fachbereich Soziales und der 6. im Stadtteilzentrum KroKuS am Kronsberg dem Fachbereich Jugend und Familie zugeordnet seien.

Der von der Sozialplanung vorgelegte Sozialbericht bestimme Indikatoren zur Beschreibung sozialer Lagen, anhand derer sog. „soziale Belastungspunkte“ errechnet werden. Auf diese Weise ließen sich Gebiete mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf im Stadtgebiet identifizieren. Auf dieser Grundlage werde Gemeinwesenarbeit derzeit in der LHH in Sahlkamp, Vahrenheide, Mühlenberg, List Nord-Ost, Mittelfeld sowie Kronsberg eingesetzt.

Die Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit seien in der Drucksache ab Seite 2 aufgeführt; sie sehe daher davon ab, diese vorzulesen.

Ratsherr Nicholls sagte, in seinem Stadtbezirk gebe es mit Hainholz einen Stadtteil, der ähnliche signifikante Indikatoren aufweise wie die von Frau Teschner genannten. Insofern überrasche es ihn, dass Hainholz keine Gemeinwesenarbeit habe. Darüber hinaus sei auffällig, dass ein nicht unwesentliches Projekt (Starkes Hainholz) im Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt worden sei, obwohl es unmittelbar dieses Thema betreffe. Es interessiere ihn zu erfahren, wieso Hainholz nicht zu den Stadtteilen mit Gemeinwesenarbeit gehöre.

Er gehe davon aus, dass die Barrierefreiheit auch bei den Partner*innen der Gemeinwesenarbeit gewährleistet sei, zumal sämtliche Bevölkerungsgruppen angesprochen werden sollen. Hierzu seien in der Drucksache keine Ausführungen gemacht worden.

Frau Teschner stimmte Ratsherrn Nicholls zu, dass Hainholz ebenfalls die Kriterien erfülle. Bekanntlich sei Hainholz aber noch Gebiet Sozialer Zusammenhalt, ehemals Soziale Stadt. Daher sei die Stadt dort noch mit dem Quartiersmanagement vor Ort.

Frau Teschner sagte, Gemeinwesenarbeit zeichne sich insbesondere dadurch aus, dass sie diskriminierungsfrei agiere. Daher seien die Angebote in der Regel barrierefrei zugänglich.

Ratsfrau David meinte, Gemeinwesenarbeit sei ein guter Ansatz für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und damit auch die Stärkung von Demokratie. Beeindruckend sei zu sehen, was mit 6,5 Stellen sowie den geringen Sachmitteln geleistet worden sei.

Sie frage sich, ob Gemeinwesenarbeit aufgrund ihrer besonderen Wirkungen auch in Stadtteilen angeboten werden könne, die nicht das Merkmal des besonderen Entwicklungsbedarfes auswiesen. Darüber hinaus interessiere es sie zu erfahren, welche besonderen Herausforderungen in den kommenden Jahren zu erwarten seien und wie diese angegangen werden sollten.

Frau Teschner erläuterte, Gemeinwesenarbeit sei, auch nach Meinung anderer Fachleute, in allen Stadtteilen wünschenswert. Zurzeit stünden nur 6,5 Stellen zur Verfügung; mit diesen sei eine Arbeit im gesamten Stadtgebiet nicht möglich. Neben dem von Ratsherrn Nicholls bereits genannten Hainholz gebe es noch weitere Stadtteile, die die Indikatoren für einen besonderen sozialen Entwicklungsbedarf aufwiesen. Dennoch müsse nicht alles von der Stadt Hannover angeboten und initiiert werden. In Stadtteilen, in denen es bspw. eine funktionierende Kirchengemeinde mit einem*r aktiven Pastor*in gebe, könne das Gemeinwesen genauso gut funktionieren wie in jenen, in denen die Stadt Gemeinwesenarbeit biete. Die Stadt müsse darauf achten, wo es noch unversorgte Bereiche gebe oder wo es bereits durch andere gesellschaftliche Kräfte abgedeckt sei.

Zu den besonderen Herausforderungen zähle natürlich die fortschreitende Digitalisierung. In den besonderen Zeiten, die durch die Corona-Pandemie bestehen zeige sich immer mehr, wie manche Menschen abgehängt würden. Beginnend von Zugängen zu digitalem Lernen bis hin zum Miteinander und der Kommunikation. Von der bloßen Nutzung mobiler Geräte könne nicht auf eine digitale Kompetenz geschlossen werden. Bewohner*innen meldeten sich bei der Gemeinwesenarbeit mit der Bitte um Unterstützung bei Ämterangelegenheiten oder zu Lernaufgaben der Schulen, wenn Eltern ihre Kinder unterstützen sollen. Die Herausforderung beste deshalb darin, dass sowohl der Zugang und die Versorgung mit digitalen Endgeräten als auch die digitale Kompetenz ermöglicht und gefördert werden. Gerade Stadtteile mit sozialem Entwicklungsbedarf dürften nicht weiter abgehängt werden, deshalb sollten verstärkt Projekte initiiert werden, öffentliche Einrichtungen als Lernorte zur Verfügung stehen, damit der Abstand sich nicht weiter vergrößere.

Ratsherr Alter sagte, er begrüße die Ausführungen zur Gemeinwesenarbeit außerordentlich, schließlich handele es sich um ein Instrument in der Sozialen Arbeit, das es seit nunmehr 45 Jahren gibt. Im vergangenen Monat sei im ZDF in der Sendung „Brennpunkt“ ein Bericht zum Stadtteil Mühlenberg gesendet worden. In diesem noch sehr jungen Stadtteil finde seit den 1980-er Jahren eine Entwicklung statt, die andere Stadtteile so nicht aufwiesen, in dem nicht mehr auf eine Durchmischung der Bevölkerung geachtet wurde. In der Reportage sei auch dargestellt worden, was alles an Hilfen geleistet werde, sei es durch Stadt oder auch Kirchengemeinde. Dennoch habe man den Eindruck gewinnen können, dass nur noch an Symptomen gearbeitet werde. Er frage daher, wie darauf Einfluss genommen werden könne, eine bessere Durchmischung zu erreichen. Darüber hinaus bitte er um Ausführungen dazu, welche Stadtteile möglicherweise auf dem Weg seien, sich in eine negative Richtung zu entwickeln.

Frau Teschner bedauerte, zum Thema Durchmischung in Wohngebieten fachlich nichts beitragen zu können. Sie sehe aufgrund der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt allerdings wenig Chance zur schnellen Veränderung, deshalb sei der Einsatz von Gemeinwesenarbeit in diesen Gebieten besonders wichtig. Eine Übersicht der Stadtteile mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf sei dem Sozialbericht zu entnehmen.

Herr Kruse sagte, Gemeinwesenarbeit lebe auch von der Zusammenarbeit. Er hätte sich auch eine Darstellung der Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch mit anderen Träger*innen gewünscht. Gemeinwesenarbeit sei nicht lediglich Sozialarbeit sondern müsse ins gesamte Stadtentwicklungskonzept integriert sein. Der Seniorenbeirat wünsche sich zudem, dass Bürgerschaftliches Engagement sich nicht nur auf die soziale Arbeit in belasteten Stadtteilen beschränke, sondern weit darüber hinaus gehe. Langfristig werde der gesellschaftliche Zusammenhalt und die künftigen Herausforderungen nur zu leisten sein, wenn die Zivilgesellschaft mit beteiligt werde.

Frau Teschner machte darauf aufmerksam, dass ausgehend von der Initiative des „Netzwerk Bürgermitwirkung“ eine gesamtstädtische Strategie zum Bürgerschaftlichen Engagement in Arbeit sei. Aus Sicht des Fachbereiches Soziales könne eine solche Strategie nur zusammen mit anderen gesellschaftlich wirksamen Akteur*innen erfolgen. Deshalb sei die Strategieentwicklung in zwei Schritte aufgeteilt: Bisher habe eine verwaltungsinterne Abfrage stattgefunden, die bereits ausgewertet wurde und auf deren Basis zunächst weiter verwaltungsintern geklärt werden solle, welche Koordinierungs- und Verbesserungswünsche bestehen, welcher Vereinheitlichung bedürfe es und was soll in der bisherigen Verantwortlichkeit der Fachbereiche verbleiben. In einem zweiten Schritt sei die Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Kräfte über das bereits erwähnte „Netzwerk Bürgermitwirkung“, an dem inzwischen über 80 Institutionen und Vereine zu Bürgerschaftlichem Engagement, Anerkennungskultur usw. beteiligt seien, und weiteren gesellschaftlichen Akteur*innen geplant.

Innerhalb der Verwaltung werde gemeinsam mit anderen Fachbereichen daran gearbeitet, wie die quartiersbezogene Zusammenarbeit weiter verbessert und eine integrierte Quartiersentwicklung gemeinsam mit anderen Akteur*innen gestaltet werden können.

Zur Frage von **Ratsherrn Jacobs**, ob sich bereits jetzt abzeichne, dass aufgrund der Haushaltslage die Gemeinwesenarbeit in bestimmten Stadtteilen nicht mehr angeboten werden könne, erklärte **Frau Teschner**, bezogen auf den städtischen Haushalt gebe es bislang keine Kürzungen der (geringen) zur Verfügung stehenden Mittel.

Zur Kenntnis genommen

TOP 6.

Bericht der Dezernentin

6.1

Stadträtin Bruns informierte darüber, dass inzwischen in 19 von 76 städtischen stationären Einrichtungen in Hannover die Impfungen gegen COVID-19 vorgenommen werden konnten. Die Reihenfolge richte sich dabei nach den Vorgaben der STIKO (Ständigen Impfkommision) des Robert-Koch-Institutes. Demnach wurde in Einrichtungen für Menschen mit Demenz begonnen. Verimpft werden könne nur der tatsächlich vorhandene Impfstoff. Die Teams seien personell aufgestockt worden; inzwischen gebe es 8 mobile Teams für das Gebiet der Region Hannover, in der Landeshauptstadt seien davon 4 Teams, auch an Wochenenden, im Einsatz. Damit könnten täglich (Stand 15.01.2021) 1.000 Impfungen vorgenommen werden. Ebenfalls am 15.01.2021 sei ein Hinweis des Niedersächsischen Sozialministeriums per Mail versandt worden, wonach für die 2. Impfung eine neue Einwilligungserklärung erforderlich sei. Hierzu vertrete die Stadt eine andere Rechtsauffassung. Insgesamt werde durch dieses Erfordernis die in Kürze beginnende 2. Impfung erschwert, für die bereits, nach Ansicht der Stadt, eine klar formulierte Einwilligungserklärung vorliege. Über die Heimaufsicht sei die Information des Ministeriums an die Einrichtungen weitergegeben worden. Nach Rückmeldungen könne es problematisch werden, diese Einwilligungen zeitnah zu erhalten. Der vorhandene Impfstoff werde verimpft; 2.000 Einheiten seien an die Medizinische Hochschule weitergeleitet worden.

Herr Kruse bat zum Impfen gegen das COVID-19-Virus um nähere Ausführungen. Im Februar 2021 solle planmäßig mit dem Impfen der Generation 80+, die nicht in Alten- oder Pflegeheimen lebten, begonnen werden. Diese müssten dazu die Impfzentren aufsuchen oder würden möglicherweise in der Häuslichkeit von mobilen Impfteams geimpft. Die Niedersächsische Sozialministerin habe in einem Brief mitgeteilt, dass sich mobilitätseingeschränkte Personen dies von ihrem*r Arzt*Ärztin bescheinigen lassen sollten und dann mit der zuständigen Krankenkasse Kontakt aufnehmen, ob diese die Kosten einer Taxifahrt übernehme. Sollte die Krankenkasse die Kosten nicht übernehmen, sollte die Taxisquittung sowie die ärztliche Bescheinigung an das Impfzentrum zur Kostenerstattung übersandt werden. Diese Vorgehensweise sei mit erheblichem Aufwand für die Menschen verbunden. In anderen Kommunen sei dies anders geregelt. In Tübingen bspw. sei es selbstverständlich, dass dieser Personenkreis kostenfrei mit einer Taxe zum Impfzentrum gelangen könne. Die Stadt sei sogar noch weiter gegangen und erlaube die Nutzung von Taxen um die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs zu meiden. Hier gebe es für Hannover einen dringenden Nachholbedarf.

Weiter schließe sich die Frage an, wie Personen, die zuhause gepflegt würden, vielleicht sogar bettlägerig seien, geimpft werden können, denn ein Aufsuchen der Impfzentren sei dann (nahezu) unmöglich.

Kürzlich habe er an einer bundesweiten Videokonferenz teilgenommen und dort erfahren, dass in vielen Bundesländern lediglich die Bewohner*innen der Alten- und Pflegeheime geimpft würden, jedoch nicht die Mitarbeitenden. Er bitte um Information, wie sich die Situation in Hannover darstelle.

Stadträtin Bruns erklärte, die Verwaltung werde einen eigenen Informationsflyer herausgeben, um die Bürger*innen über die Impfungen zu informieren und diesen über Kirchen, Organisationen, Parteien usw. breit möglichst öffentlich machen.

Das von Herrn Kruse genannte Verfahren zu Fahrtkosten sei auch im Sozialausschuss des Niedersächsischen Landtages genannt worden; es lasse sich auch auf der Informationsseite des Landes Niedersachsen finden. In einer Nachfrage an das Land sei das Verfahren bestätigt worden, Geld stehe dafür bereit. Gleichwohl sehe auch sie die möglichen Probleme bei der praktischen Abwicklung, sagte **Stadträtin Bruns**. Die Stadt Tübingen finanziere ihr Vorgehen nicht alleine sondern in Kooperation.

Frau Vogt-Janssen sagte, die Verwaltung versuche, das von Stadträtin Bruns angesprochene Informationsblatt bekannt zu machen und gleichzeitig Überlegungen dazu anzustellen, wie diejenigen, die Unterstützungsbedarf hätten, erreicht werden könnten. Möglicherweise würden in dem Zeitpunkt, für den die Impfungen der jeweiligen Gruppen vorgesehen seien, schon Impfstoffe vorhanden sein, die eine Impfung durch niedergelassene Ärzt*innen möglich mache.

Die derzeitigen Impfungen könnten teilweise nur mit einer gewissen Verzögerung erfolgen, da nicht immer ausreichend Impfdosen zur Verfügung stünden. Wenn die Menschen in den Alten- und Pflegezentren geimpft seien, gehe es nach der Priorisierung der STIKO weiter.

Herr Fahlbusch wies darauf hin, dass am vergangenen Freitag die Testverordnung für die COVID-19-Infektionen verändert worden sei. Erstmals ergebe sich nun die Möglichkeit, auch in Obdachlosenunterkünften zu testen. Er bitte daher um Auskunft, was die Stadt Hannover plane, um das aktive und passive Infektionsrisiko obdachloser Menschen eingrenzen zu können.

Stadträtin Bruns sagte, nach allem was bisher bekannt sei, werde die Zulassung für den Impfstoff der Firma AstraZeneca, der weniger temperaturempfindlich sei und dann auch von niedergelassenen Ärzt*innen verimpft werden könne, für Februar erwartet.

Zu Testungen von obdachlosen Menschen sei ganz klar ein Bedarf gegeben. dennoch müsse die Verwaltung hierzu die Verordnung des Landes Niedersachsen abwarten. Zuständig sei die Region Hannover als Trägerin des Gesundheitsamtes. Insgesamt befinde sich die Situation im Spannungsfeld zwischen Testung und Impfung. Sie wolle gerne zu dem Thema rückfragen und dann entsprechend informieren.

Ratsherr Albrecht bat um Klarstellung, ob Hannover die 2. Impfdosis zurückbehalte, um die erforderliche Impfung vornehmen zu können und nicht wie andere Städte darauf vertraue, dass entsprechende Seren rechtzeitig geliefert würden.

Frau Vogt-Janssen ergänzte, die 2. Impfdosis werde in der Regel zurückgehalten. Es könne darauf vertraut werden, dass genügend Impfstoff für die zweite Impfung vorhanden sei.

6.2

Stadträtin Bruns sagte, das Projekt „Plan B – OK“ stehe unmittelbar vor seinem Start. Im Dezember 2020 konnte in Einhaltung eines straffen Zeitplanes in einem Interessenbekundungsverfahren mit dem Deutschen Roten Kreuz ein Betreiber ausgewählt werden. In der konstituierenden Sitzung der Begleitgruppe unter Teilnahme von Region Hannover, Landeshauptstadt Hannover (Fachbereich Soziales sowie Planen und Stadtentwicklung), Zentraler Beratungsstelle Niedersachsen (für die Evaluation), Niedersächsisches Sozialministerium sowie dem Deutschen Roten Kreuz als Betreiber sei als Starttermin der 20.01.2021 festgelegt worden. Die Öffentlichkeitsarbeit solle unter Abstimmung aller Beteiligten schnellstmöglich beginnen. Für die Region Hannover gebe es zu „Plan B – OK“ eine Informationsdrucksache (Nr. 4087), die unter <http://regions-sitzungsinfo.hannit.de/bi/vo020.asp> verfügbar sei.

Der Fachbereich Soziales der Landeshauptstadt Hannover werde zu einer der nächsten Sozialausschusssitzungen eine Informationsdrucksache vorlegen und darin über erste praktische Erfahrungen berichten.

6.3

Stadträtin Bruns wies auf die nächste Sitzung des Runden Tisches Obdach hin, die entweder am 22.02.2021 von 16-18 Uhr oder am 19.02.2021 von 14-16 Uhr stattfinden werde.

6.4

Stadträtin Bruns kündigte an, dass die Verwaltung noch in dieser Woche gemeinsam mit einem der ehrenamtlich für Mecki tätigen Ärzte 2 Objekte besichtigen werde, um möglichst schnell zu einer Lösung kommen und die medizinische Versorgung aufrecht erhalten zu können. Zu den Objekten selbst könne sie sich noch nicht äußern.

Zur Bitte von **Ratsherrn Albrecht** um Bestätigung zu einer Information, wonach die ehemalige Polizeistation am Raschplatz als Standort für „Mecki 2“ keine Rolle mehr spiele erklärte **Stadträtin Bruns**, für sie sei die ehemalige Polizeistation aus dem Rennen, da nach einem Gutachten der Renovierungsstau sehr groß sei. Alles Weitere könne erst beziffert werden, wenn die Verkleidungen entfernt seien. Die teilweise fensterlosen Räume halte sie persönlich für Sozialarbeit als nicht gut geeignet.

Ratsherr Klippert wies auf die Berichterstattung zum Bollerwagen-Café und die dort enthaltene Aufforderung, die leerstehenden Gebäude „Rote Reihe“ (ehemalige Arbeiterhäuser an der Schulenburger Landstraße) nutzen zu können. Zwar sei ihm bekannt, dass hier sicher die Zuständigkeit wieder beim Dezernat für Stadtentwicklung und Bauen liege, dennoch interessiere es ihn zu erfahren, ob das Dezernat für Soziales und Integration schon Gespräche mit dem Bollerwagen-Café, insbesondere hinsichtlich der derzeit schwierigen Situation angesichts der Pandemie, geführt habe. Im Kreis der Unterstützer des Bollerwagen-Cafés gebe es sicher handwerklich geschickte Personen, so dass die Gebäude, wenn auch nur vorübergehend, sicher entsprechend provisorisch hergerichtet werden könnten.

Stadträtin Bruns erklärte, es sei für das Bollerwagen-Café derzeit schwierig, seien Essenausgabe fortzuführen, da vor dem Kontaktladen Mecki Zelte aufgestellt worden seien. Sie habe im Dezember 2020 mit der Initiatorin telefoniert und einen Ersatzstandort angeboten.

Zutreffend sei, dass für die „Rote Reihe“ das Dezernat für Stadtentwicklung und Bauen zuständig sei. Unabhängig davon reichten „handwerklich begabte Personen“ für die Sanierung der „Roten Reihe“ jedoch nicht aus.

Herr Fahlbusch sagte, zwar mache die Immobilie von außen einen recht passablen Eindruck; das Innere sei jedoch in keinem guten Zustand. Leider sei es wohl aufgrund des Zustandes nicht möglich, die Gebäude mit talentierten, möglichen späteren Bewohner*innen in Eigenregie zu renovieren.

Herr Kruse wies auf die Presseberichterstattung über ein Gutachten der KPMG hin, von dessen Vorschlägen insbesondere der soziale Bereich stark betroffen sei. Er bitte hierzu um Ausführungen, inwieweit die Verwaltung darauf einzugehen gedenke und sich der Sozialausschuss daher intensiv mit dem Gutachten befassen müsse.

Bezüglich des KPMG-Gutachtens sagte **Stadträtin Bruns**, die Privatisierung und der Verkauf der städtischen Alten- und Pflegezentren sei von der Verwaltung nicht beabsichtigt. Entsprechend habe sich Stadtkämmerer Dr. von der Ohe zwischen Weihnachten und Neujahr auch gegenüber der Presse geäußert.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm schloss die Sitzung.

Sylvia Bruns
Stadträtin

Hanebeck
für das Protokoll

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und
Liegenschaftsangelegenheiten
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Sportausschuss
In den Sozialausschuss
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Haushalt
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

7. Oktober 2020

A n t r a g gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Task-Force - Innenstadt

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine „Task-Force Innenstadt“ zu gründen, welche die Weiterentwicklung der Innenstadt aktiv vorantreibt. Diese Task-Force wird von dem Oberbürgermeister geleitet und setzt sich aus städtischen Vertretern der Fachbereiche Wirtschaft, Planen und Stadtentwicklung, Öffentliche Ordnung, Kultur, Umwelt und Stadtgrün, Finanzen, Sport und Bäder sowie Soziales zusammen.

Die Task-Force steht in engem Kontakt mit allen innerstädtischen Interessensgruppen und erarbeitet ein Gesamtkonzept, aber auch punktuelle Lösungsansätze zur Steigerung der Aufenthaltsqualität der Innenstadt. Die Task-Force agiert außerdem als Bindeglied zwischen Politik und Stadtverwaltung und informiert die Ratsgremien laufend über ihre Arbeit.

Begründung:

Bereits vor der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass es in der Innenstadt von Hannover diverse Problemfelder gibt. Die Aufenthaltsqualität wird aufgrund von Verschmutzungen, aggressivem Betteln und der sich ausbreitenden Drogen- und Trinkerszene zunehmend als unzureichend empfunden. Insbesondere rund um den Hauptbahnhof ist die Situation nicht mehr tragbar, da auch das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger stetig abnimmt.

Auch wirtschaftlich muss sich die Innenstadt neu erfinden. Leerstände und der Rückzug von inhabergeführten Geschäften sind die sichtbarste Auswirkung der mangelhaften Aufenthaltsqualität. Aber auch die Konkurrenz durch die Online-Handel macht den Einzelhändlern zu schaffen. Es ist jetzt an der Stadt, neue Ideen zur Aufwertung der Innenstadt als Aufenthaltsort und Einkaufsmeile zu entwickeln und ideale Bedingungen für Einzelhandel, Gastronomie, Kultur und Sport zu schaffen. Auch städtebauliche Veränderungen müssen zur Attraktivitätssteigerung in Erwägung gezogen werden.

Der vom Oberbürgermeister angekündigte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist ein begrüßenswerter Schritt. Kommunikation mit den Menschen vor Ort ist wichtig und sinnvoll. Dieser Dialog bedarf allerdings Zeit, die wir in der aktuellen Situation nicht haben. Er darf nicht als Ausrede für ein Abwarten herhalten. Wir können es uns nicht leisten, erst zu handeln, wenn die Ergebnisse im Herbst 2021 vorliegen. Viele Problemfelder sind bereits jetzt bekannt und müssen zeitnah angegangen werden. Eine „Task-Force Innenstadt“ kann bereits frühzeitig aktiv werden und die sichtbarsten Baustellen angehen. Die Ergebnisse des Bürgerdialogs können dann zu einem späteren Zeitpunkt in die Arbeit der Task-Force einfließen.

Die Leitung der Task-Force durch den Oberbürgermeister würde diesem Team den notwendigen Stellenwert verleihen und für eine entsprechende Priorisierung sorgen. Wir müssen jetzt etwas tun, nicht erst in ein paar Jahren.



Jens Seidel
Vorsitzender



In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

17. November 2020

Antrag gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Neustart bei der Unterbringung

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt fordert die Verwaltung auf, die Geschäftsordnung dahingehend anzupassen, dass die Zuständigkeiten der Unterbringung von Obdachlosen und Geflüchteten nicht mehr beim Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, sondern beim Sozialausschuss liegen. Der Dezernatszuschnitt ist dem anzupassen.

Begründung:

Die Themen Obdachlosigkeit und Flüchtlinge sind derzeit von der Zuständigkeit her zweigeteilt. Für die Unterbringung von beiden Gruppen sind der Fachbereich Planen und Stadtentwicklung im Baudezernat und der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zuständig. Für darüber hinausgehende Themen sind das Dezernat Soziales und Integration und der Sozialausschuss verantwortlich. In der Praxis führt dies oft zu langen Entscheidungswegen und letztendlich zu Ineffizienz. Zudem hat das Baudezernat seit November zusätzlich die Zuständigkeit für den großen Fachbereich Gebäudemanagement erhalten. Dabei steht es schon jetzt vor dem Kollaps.

Aktuellstes Beispiel ist, dass die Bauverwaltung mit der Unterbringung von Obdachlosen in individuelle Wohneinheiten überfordert ist. So wurde die erfolgreiche Unterbringung von Obdachlosen während der ersten Corona-Hochphase in der Jugendherberge beendet, um dies dann überstürzt im Naturfreundehaus fortzusetzen. Aber auch die dortige Nutzung ist inzwischen ausgelaufen, sodass die Betroffenen auf die Straße gesetzt wurden und wieder auf sich selbst gestellt sind. Viele Chancen werden nicht genutzt: Freistehende städtische Immobilien werden nicht oder nur schleppend als Unterkünfte in Betracht gezogen, und sogar Spenden und Unterstützungsangebote von hilfsbereiten Bürgerinnen und Bürgern bleiben bislang ungenutzt.

Jens Seidel
Vorsitzender

Landeshauptstadt



Informations-
drucksache

In den Sozialausschuss
An den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Ricklingen (zur Kenntnis)

Nr. 3069/2020
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Hannover

Die Sozialverwaltung informiert über den Arbeitsansatz Gemeinwesenarbeit (GWA), der in der LHH aktuell in fünf Stadtteilen / Quartieren durch städtische Sozialarbeiter*innen umgesetzt wird. Die Förderung der Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen, von bürgerschaftlichem Engagement, Integration und Inklusion, Empowerment und Partizipation stehen im Vordergrund der Gemeinwesenarbeit. Mittels Sozialer Arbeit im Stadtteil werden Demokratie, Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt gestärkt.

Gemeinwesenarbeit ermöglicht eine offene Zugangsweise auf die sich in den Stadtteilen verändernden Strukturen. Gemeinsam mit Bewohner*innen, anderen städtischen Diensten, Fachkräften und Träger*innen der Einrichtungen vor Ort werden mit dem integrierten Arbeitsansatz auf Basis von Stadtteil- und Bedarfsanalysen Handlungskonzepte entwickelt und umgesetzt. Durch die lokale Verortung fungiert Gemeinwesenarbeit als „Seismograf“ in den Stadtteilen, kann aktuelle Themen aufgreifen, bearbeiten und direkt auf Veränderungen reagieren, z.B. in Zeiten großen Bevölkerungswachstums infolge Zuzugs ins Quartier oder aber auch von Corona. Als Teil der Verwaltung können schnell Kontakte zu anderen städtischen Stellen und Diensten genutzt werden, fachbereichsübergreifend Impulse gesetzt und bei besonderen Herausforderungen und / oder Problemen gemeinsam Lösungen entwickelt und umgesetzt werden.

Seit 1976 setzt die Landeshauptstadt Hannover Gemeinwesenarbeit in unterschiedlichen Stadtteilen ein. Gemeinsames Merkmal aller bisherigen Stadtteile ist der besondere soziale Entwicklungsbedarf, der die Stadtteile mit einem hohen Anteil an Bewohner*innen mit geringem Einkommen und/oder Transferleistungsbezug prägt. In den Stadtteilen leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus bis zu 90 Nationen. In diesen Stadtteilen ist teilweise noch bezahlbarer Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen zu finden, sie gehören auch zu den „Ankunftsorten“ Geflüchteter, die ihre erste eigene Wohnung in Deutschland beziehen und im Quartier in der Regel auch verbleiben.

Für die städtische Gemeinwesenarbeit stehen z.Zt. im Bereich Bürgerschaftliches Engagement und soziale Stadtteilentwicklung (50.5) des Fachbereichs Soziales 6,5 Sozialarbeiter*innen-Stellen zur Verfügung, die in folgenden Stadtteilen eingesetzt sind:

- Mittelfeld
- Sahlkamp
- Vahrenheide
- List Nord-Ost / Gorch-Fock-Straße
- Mühlenberg

Im Sahlkamp besteht die Besonderheit, dass seit 1999 eine erfolgreiche fachbereichsübergreifende Kooperation zwischen den Fachbereichen Kultur und Soziales im Stadtteiltreff Sahlkamp durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesenarbeit und Stadtteilkulturarbeit umgesetzt wird.

Arbeitsansatz, Ziele und Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit

In Stadtentwicklungskonzepten wird Quartiersentwicklung als eines der wichtigsten Ziele bzw. Herausforderungen benannt, da den Menschen ihr direktes Wohnumfeld, ihr Quartier, ihr Stadtteil sehr wichtig ist und sie hier am besten zu erreichen sind. Genau hier setzt Gemeinwesenarbeit mit ihrem **integrierten Arbeitsansatz** an, ist Ansprechpartnerin für alle Menschen im Stadtteil, vor Ort in ihrem direkten Lebensumfeld.

Ziel von Gemeinwesenarbeit ist es, die Lebensqualität der Menschen in den Stadtteilen zu verbessern, ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen, die soziale Infrastruktur zu verbessern, Bewohner*innen zu aktivieren und zu beteiligen, Selbsthilfe zu fördern und den sozialen Zusammenhalt im Gemeinwesen zu stärken. GWA schafft dafür Zugänge zu zentralen Bereichen wie Bildung, Kultur, Beschäftigung und politische Partizipation. Es werden Begegnungsmöglichkeiten zwischen Menschen verschiedener ethnischer, nationaler und sozialer Herkunft geschaffen, um Vorurteile und Konkurrenzen abzubauen und langfristig gemeinsam das Miteinander und das Lebensumfeld zu gestalten. Dies erfolgt auf Basis von Qualitätsstandards (s.u.) durch die Entwicklung, Koordinierung und Unterstützung von Konzepten, Projekten und Veranstaltungen und wird im Zusammenwirken mit anderen Fachbereichen der LHH, freien Trägern und Einrichtungen in den Stadtteilen und anderen Stadtteilakteuren umgesetzt.

Als komplexer, integrierter Arbeitsansatz orientiert sich die städtische Gemeinwesenarbeit an den von der LAG Niedersachsen e.V., der LAG Hessen e.V., dem Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. und der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit entwickelten **Qualitätsstandards**:

1. **Bewohner*innen stehen im Zentrum**
Handlungsleitend sind die Interessen der Menschen des Gebietes.
2. **Selbstorganisation ist möglich**
Die Menschen im Gemeinwesen sind in der Lage sich im Sinne ihrer Belange und ihrer Interessen zu organisieren.
3. **Stärken vor Ort nutzen**
Die Ressourcen des Gemeinwesens sind bekannt, werden genutzt, ggf. aktiviert und weiterentwickelt.

4. Zielgruppenübergreifendes Denken und Handeln
Unterschiedliche Menschen und Gruppen verwirklichen gemeinsame (gemeinwesenbezogene) Interessen.
5. Ressortübergreifendes Denken und Handeln
Verschiedene Handlungsbereiche (z.B. Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Kultur, Bildung etc.) werden integriert gedacht und bearbeitet.
6. Starke Netzwerke und Kooperationen
Die Beteiligten fördern den Aufbau und die Weiterentwicklung von Netzwerken der Bewohner*innen, der professionellen Akteure sowie übergreifender Netzwerke.
7. Zusammenleben gestalten – Nachbarschaft fördern
Das soziale und kulturelle Leben und die politische Partizipation werden belebt und gestaltet.
8. Infrastruktur entwickeln
Die Infrastruktur im Stadtteil wird bedarfsgerecht weiterentwickelt. Ein besonderer Fokus liegt auf der Wohn- und Lebenssituation der Menschen im Gemeinwesen.
9. Gesamtkommunales Denken und Handeln
Gemeinwesenorientiertes Handeln steht in Bezug zu gesamtgesellschaftlichen und auch internationalen Entwicklungen.

Aus diesen Qualitätsstandards ergeben sich folgende **Aufgabenschwerpunkte / Arbeitsfelder** für Gemeinwesenarbeit in der LHH:

- ∅ Stadtteil- / Bedarfsanalyse, Planung, Konzeptionsentwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und Aktivitäten zur Verbesserung der sozialen und sozialkulturellen Infrastruktur
- ∅ Aufsuchende Arbeit im Stadtteil
- ∅ Aktivierung und Beteiligung von Bewohner*innen im Stadtteil unter Berücksichtigung unterschiedlicher sozialer, ethnischer und kultureller Hintergründe
- ∅ Initiierung, Umsetzung und Begleitung von Projekten und Maßnahmen im Stadtteil zur niedrigschwelligen und diversitätssensiblen Teilhabe der Bewohner*innen
- ∅ Koordination und Förderung von Netzwerken und Gremien im Stadtteil
- ∅ Organisation von gemeinsamen Festen und Veranstaltungen wie z.B. Stadtteilst, Bildungsfest, Hoffest, Themenmärkten
- ∅ Aufbau, Förderung und nachhaltige Sicherung von Kooperation im Stadtteil
- ∅ Niedrigschwellige Anlaufstelle im Stadtteil, qualifizierte Weiterleitung zu anderen (Beratungs-) Stellen
- ∅ Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil durch Fachberatung und Anleitung von Ehrenamtlichen, aktiven Bewohner*innen und Gruppen
- ∅ Öffentlichkeitsarbeit
- ∅ Information zu und Verknüpfung mit städtischen Programmen (LIP, Sozialer Zusammenhalt, Sportentwicklungsplan, etc.)
- ∅ Einwerbung von Förder- / Drittmitteln.

Beispiele der Gemeinwesenarbeit aus den Stadtteilen

„Gemeinwesenarbeit ist überall drin – steht aber nicht überall drauf!“

Da der Arbeitsansatz Gemeinwesenarbeit eine unmittelbare und flexible Reaktion auf Strömungen und aktuelle Situationen in den Stadtteilen ermöglicht und Bewohner*innen aktiviert werden ihre Ideen und Wünsche einzubringen, sind die Angebote passgenau,

ortsbezogen und dementsprechend vielfältig (siehe hierzu auch Anlage 1). Die Bewohner*innenschaft wird bei der konkreten Umsetzung von Ideen durch die Gemeinwesenarbeit professionell unterstützt und begleitet, andere Stadtteilakteur*innen in Netzwerke eingebunden, zu Kooperationen motiviert und bei der Projektplanung oder der Konzeptentwicklung unterstützt. Am Ende eines Prozesses wird jedoch die begleitende und dabei unterstützende Rolle von Gemeinwesenarbeit nicht immer für alle sichtbar.

Die folgenden Beispiele aus der Praxis verdeutlichen dies:

Aufbau Sozialer Infrastruktur

- Kontakt- und Beratungsstelle Mühlenberg – „Buntes Haus“

Aus dem Förderprogramm des Landes Niedersachsen „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ konnte der Fachbereich Soziales erfolgreich 70.000 € Fördermittel akquirieren, die als Anschubfinanzierung zum Aufbau der Kontakt- und Beratungsstelle Stauffenbergplatz im Stadtteil Mühlenberg genutzt wurde. Die Gemeinwesenarbeit setzt hier federführend ein interdisziplinäres Nutzungskonzept mit städtischen Stellen wie dem Integrationsmanagement (50.64), der Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa (50.62), der Elternbildung (51 P) und trägerübergreifend mit der Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V. um. Hierbei stehen Beratungs-, Beteiligungs- und Gruppenangebote und ein frühkindliches Bildungsangebot in Form eines Elterntreffs für die Bewohner*innen des Mühlenbergs im Vordergrund.

Bürgerschaftliches Engagement

- WILLI – Der Freiwilligenladen Mittelfeld

Die Gemeinwesenarbeit hat WILLI als eine Vermittlungsstelle sowohl für ehrenamtlich Engagierte als auch für Bewohner*innen aus Mittelfeld gegründet, die ehrenamtliche Unterstützung benötigen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Kooperation mit Mittelfelder Einrichtungen zur Weiterentwicklung des Ehrenamtes im Stadtteil.

Integration und Inklusion

- Willkommen im Sahlkamp! - Eine offene Gruppe für Nachbarinnen und ihre Kinder
Mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit bieten Frauen aus dem Sahlkamp ein offenes wöchentliches Gruppenangebot für neue Nachbarinnen und deren Kinder an. Die Gruppenleiterinnen sind Ansprechpartnerinnen und bringen ihnen das Leben im Stadtteil näher.

- Ankunftsorte Geflüchteter / AG Flüchtlingshilfe Sahlkamp

Im Stadtteil Sahlkamp gibt es keine Flüchtlingsunterkunft, trotzdem zogen viele Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten ab 2015 in den Stadtteil in ihnen zugewiesene Wohnungen oder zu Verwandten. Die an Unterkunftsstandorten aufgebauten Hilfs- und Informationsangebote durch die Träger und durch ‚Nachbarschaftsunterstützungskreise‘ erreichten die geflüchteten Menschen im Sahlkamp nicht. Auf Initiative der Gemeinwesenarbeit treffen sich deshalb seit Januar 2015 regelmäßig Kolleg*innen aus verschiedenen Einrichtungen des Stadtteils in der AG Flüchtlingshilfe, um Unterstützungs- und Beratungssysteme im Sahlkamp aufzubauen, die den Bewohner*innen mit Fluchtgeschichte die Teilhabe und Integration ermöglichen.

Bildung und Netzwerke

- Bildungsnetz Mittelfeld

Verschiedene Arbeitsgruppen für unterschiedliche Zielgruppen wurden über die Gemeinwesenarbeit zusammengeführt zu einem Bildungsnetz, das Bildungsangebote so gestaltet und zusammenführt, dass alle Menschen in Mittelfeld einen Zugang zu Bildung und Kultur haben.

Hilfe zur Selbsthilfe

- Nachbarschaftstreffen Gorch-Fock-Straße

Um Nachbarschaft und gegenseitige Unterstützung zu stärken, initiierte die Gemeinwesenarbeit in diesem Quartier das regelmäßige Nachbarschaftstreffen von Bewohner*innen. Sie nehmen dabei die Gelegenheit wahr, sich kennenzulernen, gegenseitig zu unterstützen und gemeinschaftlich Ziele zu verfolgen.

Gesundheit

- Gesundheitstreff Mittelfeld

In Mittelfeld hat die Gemeinwesenarbeit das Thema Gesundheit befördert und den Gesundheitstreff ins Leben gerufen, in dem ganzheitliche Gesundheitsförderung mit Bewegung, Begegnung, Entspannung und Information für alle Mittelfelder*innen angeboten wird. Themenabende mit fachkundigen Referent*innen erweitern das Programm des Gesundheitstreffs.

- Runder Tisch „Strategien gegen Ratten in Vahrenheide“

Aufgrund anhaltender Probleme mit Ratten im Stadtteil initiierte die Gemeinwesenarbeit Vahrenheide zusammen mit dem Stadtbezirksmanagement einen Runden Tisch, um eine Strategie gegen das Rattenproblem zu entwickeln. Gemeinsam mit anderen zuständigen Diensten der LHH, mit AHA, Wohnungsgenossenschaften / Eigentümer*innen, Gewerbetreibenden und sozialen Einrichtungen aus dem Stadtteil wurde ein Maßnahmenkatalog zur nachhaltigen Bekämpfung von Ratten abgestimmt. Neben koordinierten Maßnahmen zur Beköderung von Ratten initiiert die Gemeinwesenarbeit fortlaufend mit verschiedenen Kooperationspartner*innen diverse Aufklärungskampagnen (wie Postkartenaktionen an alle Haushalte) sowie Beteiligungsaktionen (wie Müllsammelaktionen mit Bewohner*innen) im Stadtteil.

Kultur

- Stadtteilfest Sahlkamp-Vahrenheide

Als Gemeinschaftserlebnis organisiert und koordiniert die Gemeinwesenarbeit federführend jährlich ein Stadtteilfest der benachbarten Stadtteile Sahlkamp und Vahrenheide, das zur interkulturellen Begegnung der Bewohner*innen beiträgt und den sozialen Zusammenhalt fördert. Es werden Mitmachangebote von Einrichtungen der Stadtteile für Jung und Alt sowie ein multikulturelles musikalisches Rahmenprogramm angeboten.

Kompetenzerwerb

- Frauen lernen Fahrradfahren

Die Gemeinwesenarbeit Vahrenheide bietet in Kooperation mit dem ADFC einen Fahrradkurs an. Das Fahrradfahren soll den Frauen zu einem besseren Körperbewusstsein und zur Erfahrung der eigenen Kompetenz verhelfen. Damit steigern sie ihre Mobilität und Unabhängigkeit, sodass die Teilhabe am gesellschaftlichen, sportlichen und kulturellem Leben erleichtert wird.

Interessenvertretung

- Offene Sprechstunde

Die Gemeinwesenarbeit List Nord/Ost bietet regelmäßig offene Sprechstunden an. Dadurch entsteht ein direkter Kontakt zu Bewohner*innen des Quartiers. Das aus Gesprächen erlangte Wissen über diverse Problemlagen kann – nach einer Analyse – von der Gemeinwesenarbeit an den Stellen platziert werden, die eine Verbesserung / Veränderung für die Menschen herbeiführen können.

Finanzierung von Gemeinwesenarbeit

Zusätzlich zu den Personalkosten standen im Produkt 35102 (Bürgerschaftliches Engagement und soziale Stadtteilentwicklung) im Haushalt 2020 für Gemeinwesenarbeit

Sachkosten in Höhe 7.344 Euro für die Umsetzung der oben genannten Aufgaben in allen fünf Stadtteilen zur Verfügung (knapp 1.500 € / pro Stadtteil). Da diese Mittel für die vielen, unterschiedlichen Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit nicht ausreichen, besteht ein weiteres Aufgabengebiet darin, Fördermittel einzuwerben. Nur durch die Akquise von Drittmitteln aus anderen Fördertöpfen können Projekte und Veranstaltungen im Quartier ermöglicht und umgesetzt werden. Im Haushalt 2019 wurden zusätzliche Mittel in Höhe von annähernd 65.665 Euro eingeworben.

Ausblick – Potentiale von Gemeinwesenarbeit nutzen

Gemeinwesenarbeit trägt auf kommunaler Ebene auf verschiedene Weise zum Aufbau und zur Erschließung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten bei. Sie unterstützt Menschen dabei, ihre Interessen gegenüber Politik und Verwaltung zu organisieren und einzubringen und zwischen der Lebenswelt der Bewohner*innen und öffentlichen Institutionen zu vermitteln, so dass Entscheidungsprozesse und Veränderungen bürgernäher erfolgen.

Gemeinwesenarbeit baut diversitätssensibel Brücken zwischen Bewohner*innen und Gruppen in Stadtteilen. Die Ansprache und Einbeziehung von Stadtteilbewohner*innen verschiedener Herkunftsmilieus, ethnisch-kultureller Communities sowie sozial und / oder ökonomisch Benachteiligter braucht niedrigschwellige und verlässliche Strukturen, um sie in gemeinsame Aktivitäten einzubinden und zu beteiligen, parallel ist die Förderung von Kooperationen und Vernetzung der Akteur*innen im Stadtteil notwendig. Diese Rolle übernimmt die städtische Gemeinwesenarbeit und trägt dadurch maßgeblich zur Bildung eines breiten Bündnisses für das Gemeinwesen bei und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Sie leistet damit auch einen Beitrag und bietet Potentiale zur Stärkung der Demokratie, gerade in Zeiten zunehmender sozialer Spaltung und politischer Polarisierung über gesellschaftliche Werte. Gemeinwesenarbeit ebnet Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld den Weg zum Austausch, gibt Raum für Kommunikation und ermöglicht so auch die Erfahrung demokratischer Selbstwirksamkeit.

Neben den analogen Methoden der Sozialarbeit (aufsuchende Arbeit, persönliche Kontaktaufnahme, Ansprechpartner*in vor Ort) stellt die Digitalisierung für die Gemeinwesenarbeit die Herausforderung für die kommenden Jahre dar, denn Digitalisierung verändert auch das Zusammenleben in einem Stadtteil und damit die Rahmenbedingungen für Teilhabe, Chancengerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt.

Auf Basis einer ganzheitlichen Betrachtung bestehender Strukturen aber auch unterschiedlicher Entwicklungen in den Stadtteilen ist das Erkennen und Reagieren auf aktuelle gesellschaftliche Themen und Problemlagen mit Hilfe des Ansatzes der Gemeinwesenarbeit ein geeignetes kommunales Steuerungsinstrument zur Prävention, Intervention und Entwicklung nachhaltiger Lösungsprozesse sowie zur Stärkung des sozialen Miteinanders.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gemeinwesenarbeit richtet ihren Blick auf die Bewohner*innen des Stadtteils aller Geschlechter. Zugangs- und Teilhabemöglichkeiten werden diversitätssensibel umgesetzt und am Bedarf der Bewohner*innen ausgerichtet.

Kostentabelle

50
Hannover / 28.12.2020

Hier ist Gemeinwesenarbeit drin:

- A** Aerobic für Frauen | AG Stadtteilstiftung Sahlkamp-Vahrenheide | AG Beratung | AG Beratungsdienstleister | AK Wülferoder Weg | AG Kinder und Jugend in den Stadtteilen | AG Bewegung, Sport und Ernährung Sahlkamp Vahrenheide | AG KITAS und Familienzentren Sahlkamp | AG Image | AG Willkommen in Vahrenheide | AG Aktivierung & Beteiligung | AG Sauberes Vahrenheide | Alphabetisierungskurs | AG Elternbildung
- B** Beteiligungsaktionen | Bildungsnetz Mittelfeld | Bunte Töne - Multikultureller Frauen- und Kinderchor | BIWAQ I - IV | Begleitung der Stadtteilstiftung Sahlkamp-Vahrenheide | Bunt Haus Mühlenberg
- C** Chor Heimatmelodie | Café Hallo
- D** Deutschkurse in den Stadtteilen | Digitale Lernplattformen
- E** Europäischer Nachbarschaftstag | Erzählcafé Vahrenheide | Ehrung der Freiwilligen
- F** Flüchtlingshilfe AGs | Formularlots*innen | Freiwilligenladen WILLI | Fahrradkurse für Frauen | Flüchtlingsnetzwerk Vahrenheide | Fotoprojekt 'So schön ist mein Sahlkamp' | Flohmarkt | Familiennachmittage | FrauenKino am Morgen | Frauen-Information-Frühstück | Filmprojekt Generationendialog | Frauenkooperative Sahlkamp
- G** Gesellschaftsfonds Zusammenleben | Gesundheitstreff | Gesundheitsprojekt MiMi | GoHin-Runde
- H** Hausaufgabenbetreuung | Hoffest Gorch-Fock-Straße
- I** Integrationskurse | Integrationslots*innen | Internationale Frauenfeste | Interkulturelle Woche | Internationale Musikgruppe Eviva
- J** JustiQ | Jahreszeitliche Festveranstaltungen
- K** Kulturbrunch | Koordination Nachbarschaftskreis Vahrenheide | Koordinations- und Stadtbezirksrunden in den Stadtteilen | Kochgruppe 'Essen kann doch jeder, oder?' | Kooperationen mit Stadtbezirks- und Integrationsbeiräten
- L** Laternenumzug | Lichterfest/Lichterwoche | Lesen und Schreiben für Frauen mit Kinderbetreuung
- M** Musik und Tanz für Frauen | Mädchengruppe | Meet & Speak | Medienkompetenz-Schulungen
- N** Nutzerbeirat Nachbarschaftstreff Mittelfeld | Netzwerk Bürgermitwirkung | Netzwerk für Senior*innen | Netzwerkarbeit in den Stadtteilen | Nachbarschaftscafé Sahlkamp | Neujahrsfest
- O** Offene Frauengruppe 'Finde heraus wer du bist und was du kannst' | Offene Gruppe für neue Nachbar*innen und ihre Kinder | Offene Sprechstunde/Beratung List Nord/Ost | OssCa - Runde Mühlenberg, Ordnerprojekt
- P** Putzmunter Aktionstag
- Q** Quartiersrunde List Nord/Ost
- R** RapFilmProjekt Sahlkamp | Rucksackmütter / -väter
- S** Stadtteilstiftung Sahlkamp-Vahrenheide | Sahlkamp Charta | Senior*innen und Medien im Sahlkamp | SprachCafé Sahlkamp | Sanierungszeitung 'Mitten im Sahlkamp' | Sanierungskommission Sahlkamp-Mitte | Stadtteilbüro | Stadtteilgespräch Vahrenheide | Stadtteilrunde List | Senior*innenclub Lydmilla | Schwimmkurse | Sommerfeste | Sportkurse | SchMitt e.V. - Schönes Mittelfeld | Stadtteilcollage Mühlenberg | Steigerung der Gesundheitskompetenz in Mittelfeld
- T** Treffpunkt der Kulturen | Treffen der Nachbar*innen | Temporäre Arbeitskreise Neubau | Tanzfest
- U** Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement
- V** Veranstaltungsreihe 'Buntes Flair auf dem Sahlkampmarkt'
- W** Willkommen im Sahlkamp - Broschüre | Weihnachtsmarkt 'Oh Tannenbaum'